



Neue Zürcher Zeitung

archiv.nzz.ch

Das Zeitungsarchiv der NZZ seit 1780

Herzlich willkommen im NZZ Archiv

Die von Ihnen bestellte Seite aus dem NZZ Archiv im PDF-Format:

Neue Zürcher Zeitung vom 22.04.2015 Seite 25

NZZ_20150422_25.pdf

Nutzungsbedingungen und Datenschutzerklärung:
archiv.nzz.ch/agb

Antworten auf häufig gestellte Fragen:
archiv.nzz.ch/faq

Kontakt:
leserservice@nzz.ch

Gut gestartete Credit Suisse

Gestiegener Quartalsgewinn dank solidem Investment Banking

Die Credit Suisse ist operativ gut ins neue Jahr gestartet. Ein Schwachpunkt bleibt, allen Bemühungen zum Trotz, die vergleichsweise dünne Kapitaldecke.

Im ersten Quartal, dem im Jahresverlauf gewöhnlich umsatz- und ertragsstärksten Teilabschnitt, hat sich die Credit Suisse (CS) gut gehalten. Gegenüber dem Vorjahr expandierte der ausgewiesene Gewinn deutlich um knapp ein Viertel auf gut 1 Mrd. Fr. Die operative Aufhellung spiegelt sich in der leicht auf 77% gesunkenen Kosten-Ertrags-Relation, die immer noch deutlich über der mittelfristigen Zielmarke von 70% liegt. Die Eigenkapitalrendite verbesserte sich zwar auf 10 (i. V. 8)% und dürfte damit die Kapitalkosten decken. Aber auch dieser Wert ist immer noch weit entfernt von der angestrebten 15%-Marke.

Den gewichtigsten Beitrag zum Ergebnis leistete mit einem Vorsteuerertrag von 945 (827) Mio. Fr. das Investment Banking. Einer deutlichen Verlangsamung im Emissions- und Beratungsgeschäft stand eine Belebung im Handelsgeschäft gegenüber, das von grösseren Volatilitäten profitierte. Die operativen Fortschritte wurden trotz deutlich tieferen risikogewichteten Aktiven (-21 Mrd. Fr.) und einer Verkürzung der Bilanz (-123 Mrd. \$) erreicht. Mit einer Eigenkapitalrendite auf dem regulatorischen Kapital von 15 (14)% liegt diese Einheit auf Zielkurs.

Der Vorsteuerertrag des Vermögensverwaltungsgeschäfts (Private Banking & Wealth Management), der eigentlichen Kernsparte der Bank, fiel deutlich um fast einen Fünftel zurück. Die Eigenkapitalrendite nahm auf 21 (31)% ab, das Kosten-Ertrags-Verhältnis verschlechterte sich auf 71 (67,7)%. Ein markant höherer Vorsteuerertrag in der Teileinheit Wealth Management Clients, dem Vermögensverwaltungsgeschäft im engeren Sinne, genügte nicht, um rückläufige operative Ergebnisse im Firmenkundengeschäft (-7%) und, in noch ausgeprägterem Mass, im Asset-Management (-49%) auszugleichen.

Gerade im Vermögensverwaltungsgeschäft erhofft sich die Bank neuen Schub durch ein am 1. April lanciertes neues Beratungsangebot (Credit Suisse

Invest) und den seit 2013 forcierten Ausbau des Kreditgeschäfts im Segment der äusserst wohlhabenden Kunden. Der Neugeldzufluss aus allen Wachstumsregionen verstärkte sich auf netto 17 (13,7) Mrd. Fr.

Eher überschaubare Fortschritte erzielte die Bank bei der Festigung ihrer Kapitalbasis. Die «harte» Eigenkapitalquote (CET1) verharrte im Jahresvergleich bei 10%, ein im Vergleich mit der globalen Konkurrenz tiefer Wert. Hält man sich an die von Regulatoren zusehends stärker beachtete ungewichtete Eigenkapitalquote (Leverage-Ratio), sieht die Lage besser aus. Innert Jahresfrist nahm die Schweizer Ausführung dieser Kennzahl sichtlich auf 4,2 (3,7)% zu, auch dank dem gruppenweiten Abbau von Aktiven um 154 Mrd. Fr. innert Jahresfrist. Bis Ende Jahr soll die Leverage-Ratio weiter auf 4,5% steigen.

Die Bank will nicht nur ihre Kapitaldecke stärken, sondern auch ihre Kosten reduzieren. Bis Ende Jahr soll die Kostenbasis um 4 Mrd. bis 4,25 Mrd. Fr. gesenkt werden. Seit 2011 wurden Kosteneinsparungen von 3,6 Mrd. Fr. realisiert. Ein Unsicherheitsfaktor bleiben die stetig wachsenden Risiko-, Compliance- und Regulierungskosten.

Credit Suisse in Zahlen

Geldwerte in Mio. Fr. (IFRS)

Januar bis März	2014	2015	±%
Geschäftsertrag	6 469	6 673	3
Gewinn vor Steuern	1 400	1 538	10
Reingewinn	859	1 054	23
Aufwand/Ertrag (%)	78	77	-
Kernkapitalquote (CET 1; %)	10,0	10,0	-
Verw. Vermögen (Mrd. Fr.)	1 281	1 374	7
Netto-Neugeld (Mrd. Fr.)	14,7	17,0	16
Personalbestand (Vollzeitstellen)	45 600	46 400	2

Angaben zur Aktie

Gewinn (Fr.)	0,47	0,62	32
Börsenkapitalisierung (Mrd. Fr.)	45,6	42,1	-8
Höchst-/Tiefstkurs (Fr.)	30,21/26,28	27,04/25,93	
Kurs: ¹ Fr. 26,26	KGW 2015: ² 11	KGW 2016: ² 9	

Bedeutende Aktionäre: Crescent Holding (5,51%); Qatar Investment (5,1%); Norges Bank (4,98%); Franklin Resources (4,20%); Harris Associates (5,20%).

Die Segmente im Überblick

Gewinn vor Steuern			
Priv. Banking & Wealth Manag.	1 012	834	-18
Investment Banking	827	945	14

¹ Schlusskurs am Tag der Berichterstattung; ² Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGW) bezogen auf erwarteten Jahresgewinn nach Konsensschätzung (Bloomberg).

Die Sorgen der Exporteure

Umfrage unter Schweizer Firmen nach dem Franken-Schock

Drei Monate nach der Wechselkursfreigabe durch die Nationalbank ist die Währungsfrage weiterhin ungemütlich. Gemessen am handelsgewichteten Wechselkursindex ist der Franken derzeit etwa 11% teurer als im Durchschnitt des Dezembers 2014. Da der Anteil ausländischer Vorleistungen bei den Schweizer Ausfuhren im Mittel bei knapp 30% liegt, müssen Exporteure auf Basis geltender Wechselkurse mit einer Kostensteigerung gegenüber dem Ausland von durchschnittlich etwa 8% rechnen. Dieser Kostensprung kam für viele abrupt, wie die am Dienstag publizierten Ergebnisse einer Umfrage der Fachhochschule Bern und des Kreditversicherers Euler Hermes bei rund 360 Exporteuren zeigen. Demnach hatten rund 70% der Firmen ihre Währungsrisiken nicht abgesichert. Der starke Franken führte bei über der Hälfte der befragten Unternehmen zu Einbussen bei den Aufträgen.

Erstaunlicherweise kann laut der Umfrage immerhin ein Drittel der Firmen ausländischen Kunden mindestens zum Teil die Rechnung in Mindestwährungen in Fremdwährung das Frankenhoch teilweise durch Preiserhöhungen kompensieren.

Dennoch müssen die Exporteure mit einem steigenden Kosten- und Margendruck rechnen. Euler Hermes erwartet für das laufende Jahr eine Zunahme der Firmenkäufe in der Schweiz um 5%. Weitere Umfragen deuteten jüngst darauf hin, dass manche Exporteure (ein

Sechstel bis ein Drittel) über einen Stellenabbau im Inland und Verlagerungen ins Ausland nachdenken und dass in der Maschinenindustrie gegen ein Drittel der Firmen heuer einen Betriebsverlust erwartet.

Gespräche mit Kreditgebern, Unternehmensvertretern, Standortförderern und Wirtschaftsverbänden zeichnen ein durchwachsenes Bild zur Lage der Exportwirtschaft. «Es kommt sehr auf den Einzelfall an», ist eine gängige Antwort. Größere Probleme hat zu erwarten, wer den Grossteil der Kosten im Inland hat, diese kaum verschieben kann, keine herausragende Marktstellung hat und stark auf den Euro-Raum ausgerichtet ist. Das mag etwa den Tourismus und Teile der Industrie betreffen. Wer dagegen geografisch breit diversifiziert ist und am Markt Alleinstellungsmerkmale besitzt, ist weit besser gewappnet. Viele Exporteure liegen irgendwo zwischen den beiden genannten Ausgangslagen. Diverse Beobachter betonen, dass die Wirkungen des Währungs-Schocks auf den hiesigen Produktionsstandort und Verlagerungsentscheide erst in ein bis zwei Jahren klarer sichtbar werden.

Die Währungsentwicklung ist für die Exporteure bei weitem nicht das einzige Risiko. Noch bedeutender ist typischerweise die internationale Konjunktur. Wie die Umfrage der Fachhochschule Bern zeigt, spielen auf Auslandsmärkten zudem auch politische Risiken, die Rechtsunsicherheit und die Gefahr der Nichtbezahlung von Rechnungen durch Kunden eine erhebliche Rolle.

Mehr Stiftungen in der Schweiz

Rund 13 000 Einrichtungen verwalten geschätzte 70 Milliarden Franken

Die Schweiz macht ihrem Ruf als «Stiftungsland» weiterhin alle Ehre. Mittlerweile gibt es hierzulande mehr als 13 000 gemeinnützige Stiftungen. Viele davon leiden derzeit aber unter den extrem niedrigen Zinsen am Kapitalmarkt.

Michael Ferber

Die Zahl der gemeinnützigen Stiftungen in der Schweiz ist 2014 weiter gestiegen, allerdings ist gleichzeitig eine höhere Zahl an Liquidationen zu verzeichnen. Gemäss dem am Dienstag publizierten diesjährigen Schweizer Stiftungsreport stieg die Zahl der gemeinnützigen Stiftungen im vergangenen Jahr um 2,8% auf 13 064. Deren Gesamtvermögen wird auf rund 70 Mrd. Fr. geschätzt, die jährlichen Ausschüttungen auf 1,5 Mrd. Fr. bis 2 Mrd. Fr.

Viele Liquidationen

Mit einer Dichte von 16 Stiftungen je 10 000 Einwohner zählt die Schweiz zu den stiftungsreichsten Ländern Europas. Im vergangenen Jahr wurden laut der Statistik hierzulande aber auch 226 Stiftungen aufgelöst oder liquidiert, was einem Höchststand entspricht. Der Stiftungsreport wird jährlich vom Verband

Swiss Foundations, dem Zentrum für Stiftungsrecht an der Universität Zürich sowie dem Center for Philanthropy Studies (CEPS) an der Universität Basel herausgegeben.

Als einen der Gründe für die höhere Zahl an Liquidationen gab Swiss-Foundations-Geschäftsführerin Beate Eckhardt an, viele kleinere Schweizer Stiftungen litten derzeit unter den niedrigen bis negativen Zinsen. So legten viele Stiftungen ihre Gelder stark in Obligationen an und seien kaum in Aktien engagiert. Folglich dürften sie von dem jüngsten, von der ultraexpansiven Geldpolitik der Zentralbanken verursachten Boom an den Aktienmärkten kaum profitiert haben. Gemäss Schätzungen dürften rund 80% der gemeinnützigen Stiftungen in der Schweiz weniger als 5 Mio. Fr. Kapital aufweisen. Georg von Schnurbein, Leiter des CEPS an der Universität Basel, nennt ausserdem gestiegene Kosten in den Bereichen Vermögensverwaltung, Revision und Stiftungsaufsicht als Gründe.

Die meisten gemeinnützigen Stiftungen gibt es laut dem Report mit 2250 im Kanton Zürich, es folgen das Waadtland (1411), Bern (1362) und Genf (1123). Die höchste Stiftungsdichte weist der Kanton Basel-Stadt mit 46,1 Stiftungen auf 10 000 Einwohner aus, vor Glarus (32,3), Genf und Graubünden (je 23,9). Die niedrigste Stiftungsdichte hat der Kanton Aargau mit 7,8 Stiftungen, der

Durchschnitt für die Schweiz liegt bei 16 Stiftungen je 10 000 Einwohner. Dies ist ein im internationalen Vergleich sehr hoher Wert, weshalb die Schweiz als «Stiftungsland» gilt. Die hiesigen Stiftungen engagieren sich vor allem in den Bereichen Sozialwesen, Kunst und Kultur, Ausbildung sowie im Gesundheitswesen.

Liberaler Rahmenbedingungen

Als Gründe für die hohe Dichte an Stiftungen in der Schweiz nennt Eckhardt die liberalen Rahmenbedingungen und die grossen Freiheiten, die Stifter in der Schweiz geniessen. Ausserdem gebe es hierzulande keine staatlich vorgeschriebene Ausschüttungsquote. Des Weiteren werde gesellschaftliches Engagement in der Schweiz geschätzt, während Stiftern in vielen anderen Ländern auch Skepsis entgegenstehe. Die steuerliche Abzugsfähigkeit sei letztlich im Allgemeinen nicht entscheidend für die Gründung einer Stiftung.

Der Report thematisiert zudem die fragmentierte Aufsichtslandschaft im Stiftungssektor. Neben 19 kantonalen Aufsichtsbehörden und der eidgenössischen Stiftungsaufsicht nähmen fast 400 kommunale Behörden eine Aufsichtsfunktion wahr. Auf lokaler Ebene scheine hierbei ein «eigentlicher Wildwuchs» zu herrschen.

Video-Interview auf nzz.ch

Umbau von Actelion gelungen

Nach oben adjustierter Ausblick

Actelion kommt bei den Arbeiten zum Umbau des Produkteportfolios gut voran. Wie die am Dienstag publizierten Quartalszahlen zeigen, konnte mit Opsumit, dem neuen, gegen Bluthochdruck im Herz-Lungen-Kreislauf einsetzbaren Medikament, mehr Umsatz generiert werden, als beim alten, nicht mehr patentgeschützten Schlüsselprodukt Tracleer verloren gegangen ist.

Plus und Minus ausgeglichen

Der Opsumit-Erlös stieg um 70 Mio. Fr. auf 95 Mio. Fr., während jener von Tracleer um 25 Mio. Fr. auf 344 Mio. Fr. zurückging. Gelingt es dem Unternehmen, Wachstum und Schrumpfung der beiden Produkte auf diese ausbalancierte Weise fortzusetzen, steht einem Erfolg des Generationenwechsels und einem Ausbau des im Bereich der pulmonalen arteriellen Hypertonie (PAH) erzielten Erlöses nichts mehr im Wege. Der Ab-

Actelion in Zahlen

Geldwerte in Mio. Fr. (US-GAAP)

Januar bis März	2013	2014	±%
Umsatz	469	515	10
Betriebsergebnis Ebit	153	190	24
Ebit-Marge (%)	32,6	36,9	-
Konzernergebnis	128	159	24
Cashflow aus Geschäftstätigkeit	96	94	-2

Angaben pro Aktie

Gewinn (Fr.)	1,09	1,38	27
Börsenkapitalisierung (Mrd. Fr.)	9,3	12,8	38
Höchst-/Tiefstkurs (Fr.)	93/75	125/91	
Kurs: ¹ Fr. 123	KGW 2015: ² 30		

¹ Schlusskurs am Tag der Berichterstattung; ² Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGW) bezogen auf erwarteten Jahresgewinn nach Konsensschätzung (Bloomberg).

lösungsprozess wird sich allerdings noch über einige Quartale hinziehen. Geografisch betrachtet waren bei der Umsatzentwicklung erhebliche Gefälle auszumachen. Während in den USA die Verkäufe – nicht zuletzt dank Opsumit –

währungsbereinigt um 36% auf 252 Mio. Fr. zulegten, betrug das Plus in Europa – trotz Opsumit – lediglich 5% (auf 169 Mio. Fr.). Ein von gedrückten Preisen geprägtes Umfeld liess in der Alten Welt nicht mehr zu. In Japan sanken die Erlöse um 8% auf 42 Mio. Fr.

Trendwende bei den Erträgen

Bei den Erträgen kam es zu einer Trendwende. Hatte der Kern-Betriebsertrag zum zweiten bis zum vierten Quartal 2014 noch kontinuierlich um 233 Mio. auf 113 Mio. Fr. nachgegeben, ist der Überschuss im ersten Quartal 2015 nun auf 218 Mio. Fr. gestiegen. Das Unternehmen hat die Aussichten für das gesamte Jahr nach oben angepasst; statt wie bisher ein Kerngewinn-Plus im einstelligen Bereich wird nun ein Wachstum im niedrigen zweistelligen Prozentbereich in Aussicht gestellt.

Weiterer Artikel, Seite 27

UNTERNEHMEN

Schweiz

BDO baut Marktposition aus

Die Schweizer Einheit der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft BDO hat 2014 den Umsatz um 6,2% auf 182 Mio. Fr. gesteigert. Im grössten Bereich, der Wirtschaftsprüfung, wo BDO rund 35% seiner Erlöse erzielt, erhöhten sich entgegen dem Branchentrend die Dienstleistungserträge um 5,5% auf 63 Mio. Fr. Das stärkste Wachstum verzeichnete die Firma bei Prüfungen und Beratungen im Finanzsektor; der Umsatz wuchs in diesem Segment um 21% auf rund 15 Mio. Fr. Der Personalbestand erhöhte sich in der Schweizer Einheit um 4,7% auf fast 900 Mitarbeiter. Weltweit hat BDO 2014 den Umsatz um 8,8% auf umgerechnet rund 6,7 Mrd. Fr. gesteigert; die Mitarbeiterzahl legte laut Firmenangaben um 6,4% auf rund 60 000 zu.

GAM spürt den starken Franken

Der starke Franken hat im ersten Quartal einen negativen Effekt von 4,1 Mrd. Fr. auf die verwalteten Vermögen des Finanzunternehmens GAM gehabt.

Die Mehrheit der Vermögen im Bereich Investment-Management sei in Fremdwährungen denominated, hiess es in einem Communiqué. Die gute Entwicklung an den Finanzmärkten und Netto-Neugeldzuflüsse sorgten dafür, dass die Höhe der verwalteten Vermögen der beiden Sparten Investment-Management und Private Labelling mit 123,3 Mrd. Fr. stabil blieb. Das Unternehmen meldete ausserdem Fortschritte bei der Umsetzung strategischer Initiativen.

Kanada

Cirque du Soleil mit neuen Besitzern

Der bisherige Besitzer des kanadischen Cirque du Soleil, Guy Laliberte, hat seinen mittlerweile weltbekannten Zirkus nach 30 Jahren an ein Konsortium verkauft. Er soll für die Mehrheitsbeteiligung von rund 60% von der amerikanischen TPG Capital sowie der chinesischen Fosun Capital Group rund 1,5 Mrd. \$ kassieren. Laliberte, der als Feuerschlecker begonnen hat, wird eine Minderheitsbeteiligung behalten. Cirque du Soleil kämpft seit kurzem mit Ertragsproblemen.

Teva will Mylan kaufen

Mylan will Perrigo übernehmen

Es wäre der bisher grösste Pharma-Deal des Jahres: Der israelische Hersteller von Nachahmer-Medikamenten Teva will den US-Konkurrenten Mylan kaufen – allerdings gegen dessen Willen. Die Ratiopharm-Mutter Teva bietet 82 \$ pro Aktie, wie der Konzern am Dienstagabend mitteilte. Insgesamt wird Mylan so mit über 40 Mrd. \$ bewertet.

Das wäre ein kräftiger Aufschlag auf den Aktienkurs. Teva will etwa die Hälfte des Preises bar bezahlen, den Rest mit eigenen Aktien.

Das Geschäft würde die Position von Teva als Weltmarktführer bei Nachahmer-Medikamenten (Generika) festigen. Zusammen kommen beide Unternehmen auf einen Jahresumsatz von 27 Mrd. \$.

Doch das Kaufangebot stösst bei Mylan nicht auf Gegenliebe. Der Rivale ist derzeit selbst mit einer Milliardenübernahme beschäftigt. Er bietet 29 Mrd. \$ für den irischen Pharmakonzern Perrigo. Diese Offerte wird jedoch von Perrigo ebenfalls nicht unterstützt.

Wirtschaft

Mancherorts sind Mieten und Hauspreise wieder gesunken

Die Immobilienpreise stagnieren - in Zentren wie Bern bleibt die Nachfrage hoch.

Adrian Sulc

Nach einer jahrelangen Rally sind die Preise für Wohneigentum im Kanton Bern praktisch zum Stillstand gekommen. Die Preise von zum Verkauf stehenden Einfamilienhäusern sind letztes Jahr um 1,8 Prozent gesunken. Die ausgeschrieben Preise von bernischen Eigentumswohnungen sind noch um lediglich 0,3 Prozent gestiegen. Das geht aus dem gestern veröffentlichten Immobilien-Monitoring des Beratungsunternehmens Wüest & Partner hervor.

Die Preissteigerungen und -senkungen sind im Kanton Bern sehr heterogen verteilt, wie die unten stehende Karte zeigt. Auch in ländlichen Gemeinden können die Preise - wegen Neubauten oder dem Verkauf einer Luxusimmobilie - deutlich gestiegen sein. Wie im Kanton Bern hat sich auch auf die ganze Schweiz gesehen das Preiswachstum bei den Einfamilienhäusern deutlich verlangsamt

(+0,8 Prozent im Gegensatz zum Zehnjahresdurchschnitt von +3,2 Prozent). Ähnlich sieht es bei den Eigentumswohnungen aus. In den Zentren sei zwar nach wie vor eine grosse Nachfrage nach Kaufobjekten vorhanden - doch die auf dem Markt geforderten Wohnungspreise seien «für einen Grossteil der Nachfrager zu hoch», schreibt Wüest & Partner.

Bern ist konjunkturresistent

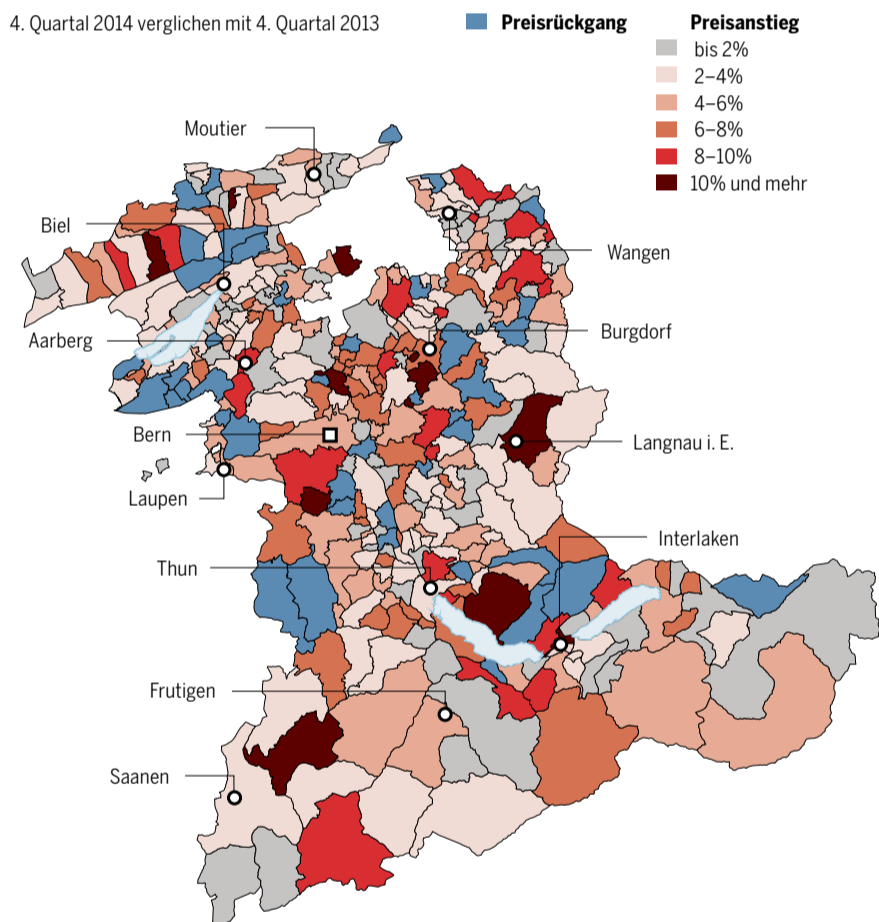
Mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und mit der Frankenstärke bauen sich laut der Studie zwei Drohkulissen vor dem Schweizer Immobilienmarkt auf. Der Kanton Bern ist wegen seiner Struktur von Konjunkturschwankungen aber jeweils weniger betroffen. Die Preise für Einfamilienhäuser und Wohnungen sollen in Bern deshalb unbeeinträchtigt davon weiter steigen. Für das laufende Jahr wird von einem Preiswachstum von 1,3 Prozent für Häuser und von 0,5 Prozent für Wohnungen

ausgegangen. Das ist - wegen der besagten bernischen Konjunkturresistenz - jeweils mehr als doppelt so viel Preiswachstum wie in der gesamten Schweiz.

Auch die Mieten im Kanton Bern werden laut Wüest & Partner 2015 leicht über dem nationalen Durchschnitt steigen, um 1,7 Prozent. Letztes Jahr betrug dieser Zuwachs noch 2,1 Prozent. Und auch dieser Wert ist nur ein Durchschnittswert des heterogenen Kantons Bern. Wie die unten stehende Tabelle zeigt, sind die Mieten für ausgeschriebene 3-Zimmer-Wohnungen in 7 von 14 Regionen des Kantons gesunken. Besonders stark war der Rückgang im Saanenland: Hier waren die ausgeschriebenen Drei- und Vierzimmerwohnungen über 6 Prozent günstiger als im Vorjahr. Trotzdem bleibt die Region die teuerste im Kanton Bern. Fast so teuer ist das Wohnen für Mieter in der Stadt Bern - die günstigsten Wohnungen finden sich weiterhin im Berner Jura.

Wie sich die Kaufpreise von Wohneigentum im Kanton Bern verändert haben

4. Quartal 2014 verglichen mit 4. Quartal 2013



Bund-Grafik/Quelle: Wüest & Partner

Verdichtungsradar

2,85 Millionen haben noch Platz in der Schweiz

Die Firma Wüest & Partner zeigt, wo die Bevölkerung noch wachsen könnte.

Franziska Kohler

Wie viele Einwohner verträgt die Schweiz? Diese Frage hat schon viel Streit provoziert. Fernab der politischen Kontroversen hat die Immobilienberatung Wüest & Partner ein Modell entwickelt, das zeigt, wie viele Menschen überhaupt Platz hätten im Land: den Verdichtungsradar. 2,85 Millionen Bewohner könnte die Schweiz demnach noch aufnehmen, also 37 Prozent mehr, als es heute sind. Am meisten Potenzial hat demnach der Kanton Zürich: Er könnte 512 000 zusätzliche Einwohner beherbergen. Auf Platz zwei folgt der Kanton Waadt mit 313 000.

Grosses Potenzial in Zürich

Der Radar unterscheidet nicht nur nach Kantonen, sondern auch nach Arbeitsmarktregionen. Das ist relevant, weil er das Verdichtungsradar von ständigen Einwohnern und Arbeitskräften getrennt betrachtet. «Die Grundstücke unterscheiden sich in ihrer Eignung für Wohn- oder Arbeitsflächen», erklärt Mitautor David Belart. «Je nach Zonen- und

Gemeindetyp ist das optimale Verhältnis zwischen Einwohnern und Beschäftigten ein anderes.»

Gerade in Zürich, wo oft über volle S-Bahnen und zu wenige Wohnungen geklagt wird, gibt es anscheinend noch viel Platz: Rund 220 000 weitere Einwohner könnte die Stadt laut der Studie aufnehmen. Bei den Beschäftigten ist das Potenzial mit rund 30 000 wesentlich geringer. Das liegt laut Belart daran, dass in Zürich vor allem dienstleistungsorientierte Unternehmen angesiedelt sind, bei denen der Platzverbrauch pro Angestellten viel geringer ist als beispielsweise bei einem Industrieunternehmen.

Rekorddichte in der Romandie

Noch grösser als in Zürich ist das Verdichtungsradar in den Regionen Yverdon (50 Prozent) und in der Region Genf (38 Prozent). Dies, obwohl in der Stadt Genf bereits heute die mit Abstand höchste Wohndichte in der Schweiz herrscht. Das liegt laut Belart an den umliegenden Gemeinden. Sie sind verkehrstechnisch gut erschlossen, aber noch nicht sehr stark besiedelt. In der Romandie ist der Verdichtungsprozess ohnehin schon weiter fortgeschritten als im Rest des Landes: 12 der 20 am dichtesten besiedelten Gemeinden liegen laut dem Radar in der

Westschweiz. Denn der Verstärkerprozess und das damit verbundene Dichtewachstum setzten dort deutlich früher ein als andernorts.

Entstanden ist der Radar, indem die Studienautoren die aktuelle Zahl der Einwohner und Beschäftigten einem Soll-Wert gegenüberstellten. Dieser Soll-Wert besteht aus mehreren Faktoren, unter anderem der Qualität des öffentlichen Verkehrs, der Hangneigung oder der bisherigen Ausnutzung eines Gebiets. Würde die gesamte eingezonte Fläche optimal genutzt, könnten in der Schweiz laut dem Radar 11 Millionen Menschen leben. Dieses Resultat erinnert an eine Studie, die das Bundesamt für Statistik vor einem Jahr präsentierte. Es entwirft darin Prognosen für das zukünftige Bevölkerungswachstum. Das Szenario «mittel» rechnet mit 9 Millionen Einwohnern bis 2050, das Szenario «hoch» mit fast 11 Millionen. Mit dieser Studie könne man den Verdichtungsradar allerdings nicht vergleichen, betont Belart. «Wir machen keine Bevölkerungsprognose. Wir zeigen lediglich auf, wie viel Platz es in der Schweiz hat.»

Grafik Wo sich die Schweiz wie stark verdichten lässt

www.verdichtung.derbund.ch

Initiative nimmt Schweizer Konzerne in die Pflicht

Der Vorstoss erhält prominente Unterstützung durch die neue BEKB-Präsidentin Antoinette Hunziker-Ebneter und Alt-Staatssekretär Cornelio Sommaruga.

Hans Galli

«Wir brauchen einen Paukenschlag in Form einer Volksinitiative», sagte der frühere Staatssekretär Cornelio Sommaruga gestern vor den Medien in Bern. Als Diplomat und Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz habe er viel Lob über die Schweiz vernommen, aber auch viel Kritik am Gebaren der Schweizer Unternehmen in Bezug auf Menschenrechte und Umweltschutz. Bundesrat und Parlament setzten auf freiwillige Verhaltensänderungen, doch jetzt seien verbindliche Regelungen nötig.

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats hatte in einer Motion verbindliche Regelungen gefordert, doch der Rat lehnte den Vorstoss im März knapp ab. Das Nein bestärkte die Koalition aus 60 Menschenrechtsorganisationen, Hilfswerken, Aktionärsverbänden wie Ethos, Frauenorganisationen, kirchlichen Kreise und Umweltschutzorganisationen, die Konzernverantwortungsinitiative zu lancieren.

Kernanliegen ist, dass Unternehmen mit Sitz in der Schweiz durch schweizerische Gerichte bestraft werden können, wenn sie Menschenrechte oder Umweltvorschriften im Ausland verletzen. Grundlage bilden die 2011 verabschiedeten UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Der wichtigste Punkt ist die Pflicht zur Sorgfaltsprüfung, wie Andreas Missbach, Geschäftsleitungsmitglied der Erklärung von Bern, ausführte. Demnach muss jedes Unternehmen einen Bericht zur Sorgfaltsprüfung erstellen und bei all seinen Tätigkeiten danach handeln.

Auch KMU sind betroffen

Die Sorgfaltsprüfung gilt in erster Linie für grosse Unternehmen wie den Rohstoffkonzern Glencore, Pharmaunternehmen wie Novartis oder Nahrungsmittelfirmen wie Nestlé. Aber kleine und mittlere Unternehmen sind laut Missbach nicht ausgenommen: Wenn ein KMU mit Blutdiamanten handle oder ein kleinerer Händler Kleider aus Kinderarbeit verkaufe, bedeute auch dies eine Menschenrechtsverletzung.

Das Hauptziel der Initianten ist, dass Geschädigte in der Schweiz klagen können. Die Indiofrau aus Kolumbien, welche sagt, sie leide wegen der Kohlemine von Glencore unter Asthma, könnte den Rohstoffkonzern in Baar einklagen. Dabei sieht die Initiative eine Umkehr der Beweislast vor: Das Unternehmen müsste dann beweisen, dass es alles unternommen hat, um die Einwohner nicht zu schädigen, und dass es deshalb nicht für die Asthmaerkrankung verantwortlich sein kann.

Die Initianten sind sich bewusst, dass solche Gerichtsverfahren nicht einfach zu führen wären: Beweisaufnahmen im Ausland wären nötig, und die Konzerne würden sich mit teuren Juristen verteidigen. Missbach sagte denn auch, er rechne nicht mit einer Vielzahl von Klagen. Aber schon nur das Risiko von Klagen werde die Konzerne bewegen, ihr Verhalten zu ändern.

Reputation verbessern

Antoinette Hunziker-Ebneter, frühere Chefin der Schweizer Börse, heutige Chefin der Anlagefirma Forma Futura Invest und künftige Verwaltungsratspräsidentin der Berner Kantonalbank BEKB, lobte zwar die freiwilligen Massnahmen. Aber zu häufig hielten die Firmen ihre Versprechen nicht ein. Deshalb brauche es zusätzlich den staatlichen Zwang. «Wenn wir den Mut aufbringen, diese Initiative umzusetzen, können wir damit die Wirtschaft glaubhaft in die Verantwortung für Menschenrechte und Umweltschutz einbinden», sagte sie an der gestrigen Medienkonferenz. Die Unternehmen müssten dann Transparenz schaffen über Arbeitsbedingungen, Umwelteinflüsse und Steueraufkommen. Das werde die Reputation der Schweizer Wirtschaft stärken.



Antoinette Hunziker-Ebneter, künftige Präsidentin der BEKB. Foto: Adrian Moser

Gefahren werden unterschätzt

Schweizer Exporteure sind gut vorbereitet auf Währungsschwankungen. Andere Risiken sind zu selten abgesichert.

Mischa Stünzi

Der Aufschrei war laut und heftig. Als die Schweizerische Nationalbank (SNB) vor gut drei Monaten den Euro-Mindestkurs aufgab, konnte man meinen, einbrechende Schweizer Exporte würden die Wirtschaft in eine Rezession reissen.

Dabei sind die meisten Exporteure eigentlich gut gewappnet für die aktuelle Währungssituation. Zu diesem Schluss kommt der gestern vorgestellte Exportrisiko-Monitor des Kreditversicherers Euler Hermes und der Fachhochschule Bern. «Die Unternehmen wissen, wie sie damit umgehen müssen», bringt es Euler-Hermes-Chefökonom Ludovic Subran auf den Punkt. Von über 350 befragten vorwiegend kleinen und mittelgrossen Firmen gaben nur 5 Prozent an, sie hätten keine Massnahmen gegen den starken Franken ergriffen - die Umfrage fand allerdings nur wenige Tage nach dem SNB-Entscheid statt.

Besonders beliebte Reaktionen auf die starke Heimwährung sind der Einkauf im Ausland und Kostensenkungen in der Schweiz. Erfreulich ist, dass ein Drittel der Unternehmen die Rechnungen in Franken stellen können und so das Währungsrisiko eliminieren. Ein

Viertel der Firmen gaben zudem an, sie hätten die Auslandspreise entsprechend der Frankenaufwertung erhöht.

Trotzdem hat mehr als die Hälfte der Unternehmen wegen des starken Franken Aufträge verloren. Rund 90 Prozent sagten, sie seien vom Währungsrisiko stark betroffen. Etwa gleich gravierend werden konjunkturelle Risiken eingeschätzt. Dennoch hat fast ein Viertel der Firmen keinerlei Massnahmen getroffen, um diese Gefahren abzusichern. Praktisch alle gaben zudem an, sie würden sich auch bei konjunkturellen Schwierigkeiten in einem Exportmarkt nicht aus diesem Land zurückziehen. Ein Fehler, wie Studienleiter Paul Ammann findet: «Manager sind grundsätzlich optimistische Leute. Die harren aus und sagen sich: Irgendwann wird es schon wieder aufwärts gehen.»

Als drittes Hauptrisiko im Export ortet die Studie Zahlungsausfälle. Jedes vierte Unternehmen hatte in den letzten zwei Jahren Zahlungsausfälle im Auslandsgeschäft. Bei jedem zehnten haben diese unbezahlten Rechnungen sogar zu Liquiditätsproblemen geführt. Weitere Exportrisiken wie politische, rechtliche und kulturelle Unsicherheiten entpuppten sich in der Umfrage eher als Randphänomene. Ein spannendes Detail in dem Zusammenhang: Befragt, wie die Firma mit Rechtsunsicherheit im Zusammenhang mit Bestechung umgehe, sagte nur jede Dritte, sie halte sich an die lokalen Korruptionsgesetze. «Und was machen die anderen?», fragte Ammann rhetorisch, aber sichtlich konsterniert.

Wirtschaft

Mancherorts sind Mieten und Hauspreise wieder gesunken

Die Immobilienpreise stagnieren - in Zentren wie Bern bleibt die Nachfrage hoch.

Adrian Sulc

Nach einer jahrelangen Rally sind die Preise für Wohneigentum im Kanton Bern praktisch zum Stillstand gekommen. Die Preise von zum Verkauf stehenden Einfamilienhäusern sind letztes Jahr um 1,8 Prozent gesunken. Die ausgeschrieben Preise von bernischen Eigentumswohnungen sind noch um lediglich 0,3 Prozent gestiegen. Das geht aus dem gestern veröffentlichten Immobilien-Monitoring des Beratungsunternehmens Wüest & Partner hervor.

Die Preissteigerungen und -senkungen sind im Kanton Bern sehr heterogen verteilt, wie die unten stehende Karte zeigt. Auch in ländlichen Gemeinden können die Preise - wegen Neubauten oder dem Verkauf einer Luxusimmobilie - deutlich gestiegen sein. Wie im Kanton Bern hat sich auch auf die ganze Schweiz gesehen das Preiswachstum bei den Einfamilienhäusern deutlich verlangsamt

(+0,8 Prozent im Gegensatz zum Zehnjahresdurchschnitt von +3,2 Prozent). Ähnlich sieht es bei den Eigentumswohnungen aus. In den Zentren sei zwar nach wie vor eine grosse Nachfrage nach Kaufobjekten vorhanden - doch die auf dem Markt geforderten Wohnungspreise seien «für einen Grossteil der Nachfrager zu hoch», schreibt Wüest & Partner.

Bern ist konjunkturresistent

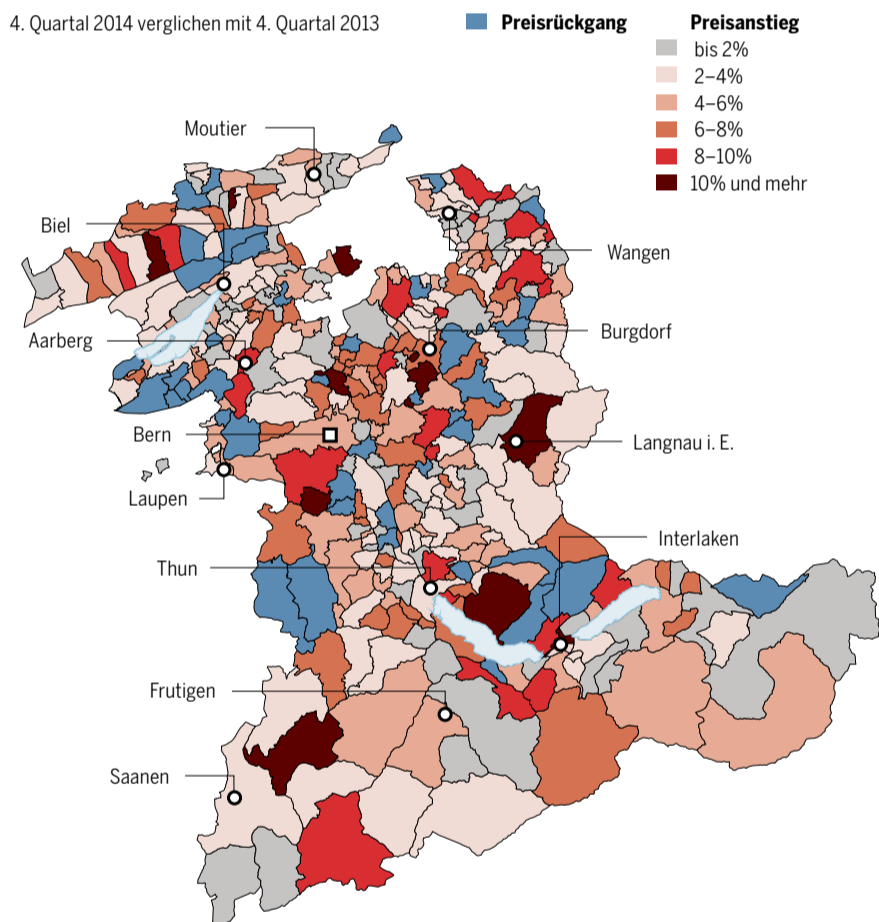
Mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und mit der Frankenstärke bauen sich laut der Studie zwei Drohkulissen vor dem Schweizer Immobilienmarkt auf. Der Kanton Bern ist wegen seiner Struktur von Konjunkturschwankungen aber jeweils weniger betroffen. Die Preise für Einfamilienhäuser und Wohnungen sollen in Bern deshalb unbeeinträchtigt davon weiter steigen. Für das laufende Jahr wird von einem Preiswachstum von 1,3 Prozent für Häuser und von 0,5 Prozent für Wohnungen

ausgegangen. Das ist - wegen der besagten bernischen Konjunkturresistenz - jeweils mehr als doppelt so viel Preiswachstum wie in der gesamten Schweiz.

Auch die Mieten im Kanton Bern werden laut Wüest & Partner 2015 leicht über dem nationalen Durchschnitt steigen, um 1,7 Prozent. Letztes Jahr betrug dieser Zuwachs noch 2,1 Prozent. Und auch dieser Wert ist nur ein Durchschnittswert des heterogenen Kantons Bern. Wie die unten stehende Tabelle zeigt, sind die Mieten für ausgeschriebene 3-Zimmer-Wohnungen in 7 von 14 Regionen des Kantons gesunken. Besonders stark war der Rückgang im Saanenland: Hier waren die ausgeschriebenen Drei- und Vierzimmerwohnungen über 6 Prozent günstiger als im Vorjahr. Trotzdem bleibt die Region die teuerste im Kanton Bern. Fast so teuer ist das Wohnen für Mieter in der Stadt Bern - die günstigsten Wohnungen finden sich weiterhin im Berner Jura.

Wie sich die Kaufpreise von Wohneigentum im Kanton Bern verändert haben

4. Quartal 2014 verglichen mit 4. Quartal 2013



Bund-Grafik/Quelle: Wüest & Partner

Verdichtungsradar

2,85 Millionen haben noch Platz in der Schweiz

Die Firma Wüest & Partner zeigt, wo die Bevölkerung noch wachsen könnte.

Franziska Kohler

Wie viele Einwohner verträgt die Schweiz? Diese Frage hat schon viel Streit provoziert. Fernab der politischen Kontroversen hat die Immobilienberatung Wüest & Partner ein Modell entwickelt, das zeigt, wie viele Menschen überhaupt Platz hätten im Land: den Verdichtungsradar. 2,85 Millionen Bewohner könnte die Schweiz demnach noch aufnehmen, also 37 Prozent mehr, als es heute sind. Am meisten Potenzial hat demnach der Kanton Zürich: Er könnte 512 000 zusätzliche Einwohner beherbergen. Auf Platz zwei folgt der Kanton Waadt mit 313 000.

Grosses Potenzial in Zürich

Der Radar unterscheidet nicht nur nach Kantonen, sondern auch nach Arbeitsmarktregionen. Das ist relevant, weil er das Verdichtungsradar von ständigen Einwohnern und Arbeitskräften getrennt betrachtet. «Die Grundstücke unterscheiden sich in ihrer Eignung für Wohn- oder Arbeitsflächen», erklärt Mitautor David Belart. «Je nach Zonen- und

Gemeindetyp ist das optimale Verhältnis zwischen Einwohnern und Beschäftigten ein anderes.»

Gerade in Zürich, wo oft über volle S-Bahnen und zu wenige Wohnungen geklagt wird, gibt es anscheinend noch viel Platz: Rund 220 000 weitere Einwohner könnte die Stadt laut der Studie aufnehmen. Bei den Beschäftigten ist das Potenzial mit rund 30 000 wesentlich geringer. Das liegt laut Belart daran, dass in Zürich vor allem dienstleistungsorientierte Unternehmen angesiedelt sind, bei denen der Platzverbrauch pro Angestellten viel geringer ist als beispielsweise bei einem Industrieunternehmen.

Rekorddichte in der Romandie

Noch grösser als in Zürich ist das Verdichtungsradar in den Regionen Yverdon (50 Prozent) und in der Region Genf (38 Prozent). Dies, obwohl in der Stadt Genf bereits heute die mit Abstand höchste Wohndichte in der Schweiz herrscht. Das liegt laut Belart an den umliegenden Gemeinden. Sie sind verkehrstechnisch gut erschlossen, aber noch nicht sehr stark besiedelt. In der Romandie ist der Verdichtungsprozess ohnehin schon weiter fortgeschritten als im Rest des Landes: 12 der 20 am dichtesten besiedelten Gemeinden liegen laut dem Radar in der

Westschweiz. Denn der Verstärkerprozess und das damit verbundene Dichtewachstum setzten dort deutlich früher ein als andernorts.

Entstanden ist der Radar, indem die Studienautoren die aktuelle Zahl der Einwohner und Beschäftigten einem Soll-Wert gegenüberstellten. Dieser Soll-Wert besteht aus mehreren Faktoren, unter anderem der Qualität des öffentlichen Verkehrs, der Hangneigung oder der bisherigen Ausnutzung eines Gebiets. Würde die gesamte eingezonte Fläche optimal genutzt, könnten in der Schweiz laut dem Radar 11 Millionen Menschen leben. Dieses Resultat erinnert an eine Studie, die das Bundesamt für Statistik vor einem Jahr präsentierte. Es entwirft darin Prognosen für das zukünftige Bevölkerungswachstum. Das Szenario «mittel» rechnet mit 9 Millionen Einwohnern bis 2050, das Szenario «hoch» mit fast 11 Millionen. Mit dieser Studie könne man den Verdichtungsradar allerdings nicht vergleichen, betont Belart. «Wir machen keine Bevölkerungsprognose. Wir zeigen lediglich auf, wie viel Platz es in der Schweiz hat.»

Grafik Wo sich die Schweiz wie stark verdichten lässt

www.verdichtung.derbund.ch

Initiative nimmt Schweizer Konzerne in die Pflicht

Der Vorstoss erhält prominente Unterstützung durch die neue BEKB-Präsidentin Antoinette Hunziker-Ebneter und Alt-Staatssekretär Cornelio Sommaruga.

Hans Galli

«Wir brauchen einen Paukenschlag in Form einer Volksinitiative», sagte der frühere Staatssekretär Cornelio Sommaruga gestern vor den Medien in Bern. Als Diplomat und Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz habe er viel Lob über die Schweiz vernommen, aber auch viel Kritik am Gebaren der Schweizer Unternehmen in Bezug auf Menschenrechte und Umweltschutz. Bundesrat und Parlament setzten auf freiwillige Verhaltensänderungen, doch jetzt seien verbindliche Regelungen nötig.

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats hatte in einer Motion verbindliche Regelungen gefordert, doch der Rat lehnte den Vorstoss im März knapp ab. Das Nein bestärkte die Koalition aus 60 Menschenrechtsorganisationen, Hilfswerken, Aktionärsverbänden wie Ethos, Frauenorganisationen, kirchlichen Kreise und Umweltorganisationen, die Konzernverantwortungsinitiative zu lancieren.

Kernanliegen ist, dass Unternehmen mit Sitz in der Schweiz durch schweizerische Gerichte bestraft werden können, wenn sie Menschenrechte oder Umweltvorschriften im Ausland verletzen. Grundlage bilden die 2011 verabschiedeten UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Der wichtigste Punkt ist die Pflicht zur Sorgfaltsprüfung, wie Andreas Missbach, Geschäftsleitungsmitglied der Erklärung von Bern, ausführte. Demnach muss jedes Unternehmen einen Bericht zur Sorgfaltsprüfung erstellen und bei all seinen Tätigkeiten danach handeln.

Auch KMU sind betroffen

Die Sorgfaltsprüfung gilt in erster Linie für grosse Unternehmen wie den Rohstoffkonzern Glencore, Pharmaunternehmen wie Novartis oder Nahrungsmittelfirmen wie Nestlé. Aber kleine und mittlere Unternehmen sind laut Missbach nicht ausgenommen: Wenn ein KMU mit Blutdiamanten handle oder ein kleinerer Händler Kleider aus Kinderarbeit verkaufe, bedeute auch dies eine Menschenrechtsverletzung.

Das Hauptziel der Initianten ist, dass Geschädigte in der Schweiz klagen können. Die Indiofrau aus Kolumbien, welche sagt, sie leide wegen der Kohlemine von Glencore unter Asthma, könnte den Rohstoffkonzern in Baar einklagen. Dabei sieht die Initiative eine Umkehr der Beweislast vor: Das Unternehmen müsste dann beweisen, dass es alles unternommen hat, um die Einwohner nicht zu schädigen, und dass es deshalb nicht für die Asthmaerkrankung verantwortlich sein kann.

Die Initianten sind sich bewusst, dass solche Gerichtsverfahren nicht einfach zu führen wären: Beweisaufnahmen im Ausland wären nötig, und die Konzerne würden sich mit teuren Juristen verteidigen. Missbach sagte denn auch, er rechne nicht mit einer Vielzahl von Klagen. Aber schon nur das Risiko von Klagen werde die Konzerne bewegen, ihr Verhalten zu ändern.

Reputation verbessern

Antoinette Hunziker-Ebneter, frühere Chefin der Schweizer Börse, heutige Chefin der Anlagefirma Forma Futura Invest und künftige Verwaltungsratspräsidentin der Berner Kantonalbank BEKB, lobte zwar die freiwilligen Massnahmen. Aber zu häufig hielten die Firmen ihre Versprechen nicht ein. Deshalb brauche es zusätzlich den staatlichen Zwang. «Wenn wir den Mut aufbringen, diese Initiative umzusetzen, können wir damit die Wirtschaft glaubhaft in die Verantwortung für Menschenrechte und Umweltschutz einbinden», sagte sie an der gestrigen Medienkonferenz. Die Unternehmen müssten dann Transparenz schaffen über Arbeitsbedingungen, Umwelteinflüsse und Steueraufkommen. Das werde die Reputation der Schweizer Wirtschaft stärken.



Antoinette Hunziker-Ebneter, künftige Präsidentin der BEKB. Foto: Adrian Moser

Gefahren werden unterschätzt

Schweizer Exporteure sind gut vorbereitet auf Währungsschwankungen. Andere Risiken sind zu selten abgesichert.

Mischa Stünzi

Der Aufschrei war laut und heftig. Als die Schweizerische Nationalbank (SNB) vor gut drei Monaten den Euro-Mindestkurs aufgab, konnte man meinen, einbrechende Schweizer Exporte würden die Wirtschaft in eine Rezession reissen.

Dabei sind die meisten Exporteure eigentlich gut gewappnet für die aktuelle Währungssituation. Zu diesem Schluss kommt der gestern vorgestellte Exportrisiko-Monitor des Kreditversicherers Euler Hermes und der Fachhochschule Bern. «Die Unternehmen wissen, wie sie damit umgehen müssen», bringt es Euler-Hermes-Chefökonom Ludovic Subran auf den Punkt. Von über 350 befragten vorwiegend kleinen und mittelgrossen Firmen gaben nur 5 Prozent an, sie hätten keine Massnahmen gegen den starken Franken ergriffen - die Umfrage fand allerdings nur wenige Tage nach dem SNB-Entscheid statt.

Besonders beliebte Reaktionen auf die starke Heimwährung sind der Einkauf im Ausland und Kostensenkungen in der Schweiz. Erfreulich ist, dass ein Drittel der Unternehmen die Rechnungen in Franken stellen können und so das Währungsrisiko eliminieren. Ein

Viertel der Firmen gaben zudem an, sie hätten die Auslandspreise entsprechend der Frankenaufwertung erhöht.

Trotzdem hat mehr als die Hälfte der Unternehmen wegen des starken Franken Aufträge verloren. Rund 90 Prozent sagten, sie seien vom Währungsrisiko stark betroffen. Etwa gleich gravierend werden konjunkturelle Risiken eingeschätzt. Dennoch hat fast ein Viertel der Firmen keinerlei Massnahmen getroffen, um diese Gefahren abzusichern. Praktisch alle gaben zudem an, sie würden sich auch bei konjunkturellen Schwierigkeiten in einem Exportmarkt nicht aus diesem Land zurückziehen. Ein Fehler, wie Studienleiter Paul Ammann findet: «Manager sind grundsätzlich optimistische Leute. Die harren aus und sagen sich: Irgendwann wird es schon wieder aufwärts gehen.»

Als drittes Hauptrisiko im Export ortet die Studie Zahlungsausfälle. Jedes vierte Unternehmen hatte in den letzten zwei Jahren Zahlungsausfälle im Auslandsgeschäft. Bei jedem zehnten haben diese unbezahlten Rechnungen sogar zu Liquiditätsproblemen geführt. Weitere Exportrisiken wie politische, rechtliche und kulturelle Unsicherheiten entpuppten sich in der Umfrage eher als Randphänomene. Ein spannendes Detail in dem Zusammenhang: Befragt, wie die Firma mit Rechtsunsicherheit im Zusammenhang mit Bestechung umgehe, sagte nur jede Dritte, sie halte sich an die lokalen Korruptionsgesetze. «Und was machen die anderen?», fragte Ammann rhetorisch, aber sichtlich konsterniert.

Stark von Risiken im Export getroffen

87 Prozent der Schweizer Unternehmen waren in den letzten zwei Jahren mittel oder stark den Währungsrisiken ausgesetzt.

Dies geht aus einer Studie der Berner Fachhochschule und des Kreditversicherers Euler Hermes hervor, für die die Antworten von 357 Unternehmen ausgewertet wurden. Die Umfrage wurde eine Woche nach der Abschaffung des Euro-Mindestkurses von 1,20 Franken durch die Schweizerische Nationalbank SNB am 15. Januar durchgeführt.

Unterschiedliche Gründe

Interessant ist deshalb die Einschätzung zur Währungssituation. Gut die Hälfte der Firmen gab an, wegen der aktuellen Währungssituation Aufträge verloren zu

haben. Je 27 Prozent der Firmen haben wegen regulatorischer Vorgaben in den Exportländern oder wegen politischer Ereignisse Aufträge im Ausland verloren, wie Studienleiter Paul Ammann von der Fachhochschule gestern Dienstag vor den Medien in Bern sagte. Bei einem Viertel der Firmen haben Kunden aus dem Ausland Rechnungen nicht bezahlt. Zehn Prozent gaben an, wegen unbezahlter Aufträge aus dem Ausland sogar mit Liquiditätsproblemen konfrontiert zu sein. So etwas könne schnell passieren, etwa kleineren Firmen in der Maschinenindustrie, wenn ein Kunde eine mehrere

Millionen Franken teure Maschine nicht bezahle, sagte Ammann.

Gegenmassnahmen

Um die Währungsrisiken zu mildern, ergreifen die Unternehmen verschiedene Massnahmen. Rund 50 Prozent der Unternehmen erhöhen den Einkauf im Ausland und senken die Kosten in der Schweiz. Das sei aber nicht nachhaltig, weil diese Massnahmen nicht unendlich fortgesetzt werden könnten, sagte Ammann. Knapp ein Drittel der Unternehmen gaben an, ihre Rechnungen im Ausland in Schweizer Franken stellen zu können. Das seien

bemerkenswert viele, die somit die Wechselkursrisiken auf die Kunden auslagern könnten, sagte Ammann. Lediglich 29 Prozent der Firmen hätten bisher ihre Fremdwährungsrisiken mit Währungstermingeschäften abgesichert. Dass es so wenige seien, habe damit zu tun, dass die Firmen auf den Euro-Mindestkurs der SNB vertraut hätten, sagte Ammann. Nach der Abschaffung des Mindestkurses dürften die Währungsabsicherungsgeschäfte zunehmen. Beträchtliche 24 Prozent der Unternehmen gaben an, die Preise im Ausland bei der Aufwertung des Frankens erhöhen zu können. «Diese Unternehmen haben

ihre Hausaufgaben gemacht und verfügen über einen Konkurrenzvorteil. Dieser erlaubt es ihnen, die Kosten der Franken-Stärke zum Teil auf die Kunden im Ausland zu verlagern», sagte Ammann. Lediglich fünf Prozent der Unternehmen treffen keine Massnahmen gegen die Absicherung von Währungsrisiken.

Konjunkturrisiken

Ähnlich gross, aber weniger akut als die Währungsrisiken schätzen die Firmen die Konjunkturrisiken ein: Davon waren 88 Prozent der befragten Unternehmen betroffen. 50 Prozent schätzten sogar, dass die Konjunkturrisiken zunehmen dürften. Nichtsdestotrotz ergreifen stattliche 23 Prozent keine Massnahmen dagegen. Fast die Hälfte aller befragten Unternehmen versuchen, über die Produktion in den wichtigsten Exportmärkten die Konjunkturrisiken zu verkleinern. Andere Unternehmen passen frühzeitig ihre Ressourcen in den entsprechenden Ländern an oder ziehen sich bei Problemen ganz zurück.

La part des femmes dans les conseils peut doubler d'ici à 2020

> Gouvernance
L'Union patronale suisse et des cabinets de recrutement ont répertorié une liste de 400 candidates
> Les administratrices occuperont entre 23 et 30% des postes, selon Guido Schilling



Beatrice Weder di Mauro. La professeure d'économie fait partie des femmes qui ont accédé aux plus hautes fonctions en Suisse. Elle est membre des conseils d'administration d'UBS et de Hofmann-La Roche. ARCHIVES

Yves Hulmann ZÜRICH

L'Union patronale suisse (UPS) et des cabinets spécialisés dans le recrutement de cadres supérieurs ont dévoilé mardi un catalogue d'un genre inédit en Suisse. Dans un document d'une soixantaine de pages, l'organisation patronale, quatre sociétés de conseil et un professeur de l'Université de Saint-Gall ont répertorié les profils de 400 femmes susceptibles de briguer un mandat dans les conseils d'administration de grandes entreprises. Parmi celles-ci, la liste inclut 200 femmes, déjà membres du conseil de sociétés figurant dans l'indice SPI ou de grandes entreprises helvétiques non cotées en bourse, qui ont été répertoriées de manière succincte. La deuxième partie du document présente, elle, de manière plus détaillée, les profils de 200 autres «administratrices potentielles» qui ont été identifiées par les différents partenaires du projet.

«L'Union patronale suisse a voulu fournir une nouvelle impulsion dans ce dossier», a expliqué son président, Valentin Vogt, mardi à Zurich. «Les équipes mixtes sont plus performantes, aussi dans les conseils d'administration», a-t-il ajouté, tout en réaffirmant au passage son opposition à l'idée d'imposer des quotas aux entreprises.

Partant d'un faible niveau, la part des femmes dans les conseils d'administration augmente peu à peu en Suisse. Elle est passée de

10% en 2010 à 15% en 2015, a souligné Guido Schilling, directeur de la société de conseil du même nom. De plus, un tiers des postes repourvus cette année ont été attribués à des femmes. En extrapolant la tendance de ces cinq dernières années, l'expert anticipe que la part des femmes dans les conseils d'administration atteindra entre 23 et 30% en 2020.

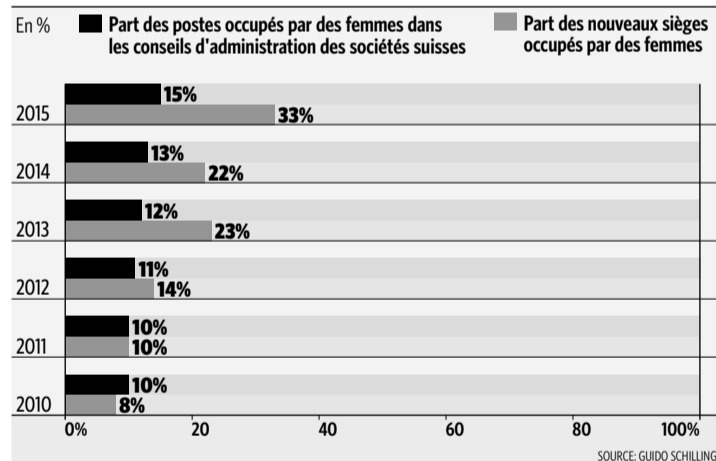
«Le fait de recruter des femmes dans un conseil constitue déjà un choix stratégique pour une entreprise»

Pour Doris Aebi, copropriétaire de la société de recrutement Aebi + Kuehni, «la demande ne rencontre pas l'offre actuellement». «D'un côté, il y a des entreprises qui cherchent des candidates pour le conseil d'administration. De l'autre, des femmes qui ont un profil adéquat mais qui ne reçoivent pas d'offres», observe-t-elle. La faute, notamment, à l'absence de réseaux adéquats pour mettre en valeur les compétences de ces dernières.

Quelles sont-elles justement? Selon Barbara Rigassi, de la société GetDiversity, il ne faut pas seulement bénéficier d'une expérience solide à la tête d'entreprises mais aussi disposer de compétences en matière de stratégie.

«Il est nécessaire de développer les compétences pour élaborer une stratégie», a aussi souligné François E. Clerc, directeur associé d'Ad-Valorem Partners Management Consulting à Genève. Selon lui, «le fait de recruter des femmes dans un conseil constitue déjà un choix stratégique pour une entreprise». «Les femmes sont une minorité dans les entreprises. Une minorité qui pense différemment et qui fait plus d'efforts que les hommes», observe-t-il. Comment explique-t-il alors la faible représentation des femmes dans les conseils d'administration? D'une part, il y a souvent un souci plus grand d'équilibre entre vie familiale et professionnelle chez les femmes, note-t-il. D'autre part, «certaines d'entre elles font preuve d'une modestie qui n'est pas justifiée au vu de leurs compétences. Elles doivent sortir davantage de leur réserve», conseille l'expert en recrutement.

La présence féminine croît dans les conseils d'administration



L'opposition monte contre l'accord de libre-échange entre Europe et Etats-Unis

> Commerce Le tribunal privé prévu pour protéger les investisseurs cristallise les critiques

Le neuvième cycle des négociations entre l'Union européenne et les Etats-Unis en vue d'un accord transatlantique de libre-échange se déroule cette semaine à Washington. La poursuite des travaux n'empêche toutefois pas une fronde grandissante à son égard. Plus connu sous son acronyme anglais TTIP, l'accord mobilise non seulement les organisations non gouvernementales, mais également des parlements et même des Etats. L'Allemagne et l'Autriche, notamment, demandent d'être convaincues, non pas sur les principes d'un tel accord, mais sur certains points spécifiques.

Le principal écueil concerne l'Investor-State Dispute Settlement (ISDS), qui est un mécanisme d'arbitrage. En cas de griefs contre des Etats, des entreprises pourraient y demander des réparations. Cette cour spéciale fonctionnera hors du cadre de la justice nationale. Berlin, Vienne et d'autres capitales demandent que

d'autres options soient prises en compte.

«Nous en sommes conscients, a déclaré lundi la commissaire au Commerce Cecilia Malmström. Nous avons déjà apporté des changements sur ce point dans l'accord bilatéral de libre-échange signé l'an dernier avec le Canada et nous voulons aller dans la même direction avec le TTIP.» La Commission ne rechigne pas à participer à une campagne d'information en la matière.

Entreprises contre Etats

A moins d'un changement fondamental, l'ISDS, dans sa forme actuelle, aurait de la peine à passer la rampe du Parlement européen à qui revient la tâche de ratifier tout accord international. La semaine passée, six des quatorze commissions parlementaires lui ont donné un avis négatif. «Y compris celle des Affaires économiques et monétaires et celle des Affaires juridiques, s'est réjoui

l'eurodéputé vert Yannick Jadot, vice-président de la Commission du commerce international. Ces deux commissions sont les garantes de la position juridique du Parlement.» Il a encore souligné que de nombreux élus conservateurs sont favorables à un accord de libre-échange avec les Etats-Unis, mais s'opposent à l'ISDS.

Les critiques se réfèrent à un cas particulier actuellement en cours devant le Tribunal de la Banque mondiale dont la principale fonction est la protection des investissements internationaux, comme l'ISDS. Une firme minière australo-canadienne y réclame des dommages-intérêts à hauteur de 301 millions de dollars au Salvador pour avoir annulé une concession pour une mine d'or.

Autre dispositif très controversé: la «coopération réglementaire». Selon David Azoulay, directeur du Center for International Environmental Law (CIEL), une association de juristes basé à Ge-

nève, les négociateurs prévoient un comité d'experts qui déciderait de la compatibilité de toute législation nationale en matière de commerce avec le TTIP. «Le risque est de noyer le travail réglementaire par des demandes d'informations constantes pour bloquer ou ralentir des lois en préparation», explique-t-il. Le CIEL a lancé une campagne contre la «coopération réglementaire» aux Etats-Unis et en Europe.

«Faux, répond Daniel Rosario, porte-parole de la Commission en matière de commerce. L'objectif de la coopération réglementaire est de promouvoir l'échange de bonnes pratiques et non pas de freiner quelconque législation. C'est aussi un système d'alerte précoce pour gagner du temps lorsqu'il s'agit de préparer de nouvelles législations.» Dans un souci de transparence, la Commission entend organiser des débats publics sur le sujet.

Ram Etwareea BRUXELLES

La cherté du franc affecte neuf sociétés sur dix

> Devises Un sondage a été réalisé auprès de 357 entreprises suisses exportatrices

Ghislaïne Bloch

Dans quelle mesure la hausse du franc suisse face à l'euro affecte-t-elle les entreprises exportatrices? Un sondage mené par la Haute Ecole spécialisée bernoise et le spécialiste de l'assurance crédit franco-allemand Euler Hermes a été présenté hier à Berne. Réalisé auprès de 357 entreprises exportatrices, juste après l'abandon par la BNS du cours plancher, le 15 janvier dernier, il révèle notamment que neuf entreprises sur dix sont affectées par le risque de change et sept sur dix s'attendent à ce que la pression continue. En outre, 56% des entreprises interrogées indiquent avoir perdu des mandats à cause de la situation monétaire actuelle.

La grande majorité des sociétés sondées sont des PME employant de 10 à 250 personnes. «Les secteurs les plus affectés sont ceux de l'équipement automobile, du textile, de la distribution et des machines et équipement. En revanche, le luxe s'en sort mieux», constate Ludovic Subran, économiste en chef du groupe Euler Hermes.

«La valeur totale des exportations va chuter de 4 milliards de francs. Et cela devrait notamment se traduire par une croissance économique de 1% en 2015 au lieu de 2%, prévoit Ludovic Subran. On s'attend à des faillites en hausse de 5% cette année. Ce chiffre devrait encore légèrement augmenter en 2016.»

Les entreprises suisses sont toutefois bien préparées au risque monétaire. «Environ 50% d'entre elles augmentent leurs achats à l'étranger et réduisent les coûts, 29% exécutent des garanties sur des opérations à terme sur devises et 32% indiquent pouvoir établir

leurs factures à l'étranger en francs suisses. Seuls 5% d'entre elles ne prennent pas de mesures», apprend-on dans le rapport «Moniteur des risques liés à l'exportation 2015».

«La situation n'est pas catastrophique mais il convient d'opter pour une diversification plus prononcée, tant au niveau des produits que des régions cibles», estime Ludovic Subran. Notamment chercher à exporter vers des pays dans lesquels on paie en dollars ou en monnaies locales liées au billet vert. Ce dernier, contrairement à l'euro, n'a en effet pratiquement pas perdu de valeur par rapport au franc. «Toutefois, il ne s'agit pas d'y aller la fleur au fusil mais de se prémunir des risques politiques, commerciaux et de crédits», avertit l'économiste.

Vers la Chine, les pays du Golfe et les Etats-Unis

Les entreprises suisses semblent l'avoir déjà compris en diversifiant les destinations d'exportation vers les Etats-Unis, la Chine, l'Asie du Sud-Est et les pays du Golfe. Le risque monétaire reste toutefois placé sur pied d'égalité avec le risque conjoncturel (88%), à la surprise d'Euler Hermes et de la HES bernoise d'ailleurs. Globalement, les sociétés sont 83% à considérer que les risques n'évolueront pas dans un proche avenir, voire qu'ils s'accroîtront.

A côté des risques monétaire et conjoncturel, les entreprises sont gênées par le risque de ducroire, à savoir le problème des débiteurs douteux. Un quart de celles ayant participé au sondage révèle avoir des clients à l'étranger qui n'ont pas réglé leurs factures, ce qui entraîne pour 10% d'entre elles des problèmes de liquidités.

Chiffre d'affaires en hausse de 10% pour Actelion

> Biotech Bond du bénéfice net en 2015

Actelion a enregistré un premier trimestre 2015 en croissance. Le groupe biotechnologique bâlois a vu son bénéfice net bondir d'un quart sur un an pour atteindre 159 millions de francs.

Le résultat d'exploitation s'est étoffé de 24% à 190 millions de francs, tandis que le chiffre d'affaires ressort en hausse de 10% à 515 millions, a indiqué mardi l'entreprise sise à Allschwil (BL). Le bénéfice de base a augmenté de 15% à 218 millions.

«Nous avons très bien démarré l'exercice 2015 et je me réjouis particulièrement de la forte demande persistante pour l'Opsumit», a commenté le directeur général d'Actelion, Jean-Paul Clozel, cité dans le communiqué.

Les ventes de ce médicament pour le traitement de l'hypertension artérielle pulmonaire, destiné à remplacer le produit vedette Tracleer, ont bondi à 95 millions de francs, contre 15 millions un an plus tôt. Le Tracleer a de son côté généré des recettes de 344 millions, soit une baisse de 7% sur un an.

Attentes dépassées

Les résultats d'Actelion surpassent les attentes des analystes consultés par l'agence AWP. Ceux-ci tablaient en moyenne sur un chiffre d'affaires de 479,1 millions de francs, et des ventes de 81,2 millions pour Opsumit et de 327 millions pour Tracleer, dont le brevet arrive progressivement à échéance. Les ventes ont connu une évolution particulièrement

favorable aux Etats-Unis avec un bond de 45% à 252 millions de francs. Le marché européen présente par contre une contraction de 6% à 169 millions et le Japon un repli de 16% à 42 millions.

Jean-Paul Clozel se félicite en outre des progrès réalisés dans le pipeline de produits candidats et du développement du portefeuille d'immunologie.

Prévisions revues

«Sur la base des résultats trimestriels, j'ai bon espoir que nous allons dépasser nos objectifs annuels», affirme-t-il. Le patron d'Actelion a par ailleurs confirmé à AWP qu'Opsumit, qui compte déjà 8000 patients, contre 6300 à fin 2014, serait commercialisé au Japon à compter de l'été prochain.

Fort de sa performance trimestrielle, le groupe a revu à la hausse ses prévisions pour l'exercice 2015. La direction d'Actelion table désormais sur une progression à deux chiffres de son bénéfice de base à taux de change constants et hors dissolution de provisions pour ristournes, contre une précédente attente à un chiffre dans le bas de la fourchette.

Action en verve

Les investisseurs ont réservé un accueil enthousiaste aux chiffres trimestriels d'Actelion. A la clôture de la bourse suisse, l'action de la firme rhénane gagnait 5,22% à 123 francs, alors que l'indice vedette SMI a fini la séance sur un rebond de 0,60%, à 9299,43 points. **ATS**

Leichter Rückgang

1127 Firmenpleiten im ersten Quartal

URDORF Die Eurokrise bedroht die Schweizer Wirtschaft, bei den Firmenpleiten zeigt sie sich aber noch nicht: Dies zeigt die aktuelle Auswertung der Konkurse und Gründungen des Wirtschaftsinformationsdienst Bisnode D&B für die Monate Januar bis März. Im ersten Quartal 2015 wurde in der Schweiz über 1127 Unternehmen ein Insolvenzverfahren eröffnet. Gegenüber dem Vorjahresquartal ist dies ein Rückgang um drei Prozent. Zu einer starken Zunahme der Firmenpleiten kam es nur in der Zentralschweiz. Doch nicht nur die Insolvenzen nahmen ab, sondern auch die Neugründungen: Gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl der Neueintragungen im Handelsregister um drei Prozent auf 10 252 neue Firmen. Offenbar sind Unternehmer in der aktuellen Situation zögerlich mit der Unternehmensgründung, wie der Wirtschaftsinformationsdienst schreibt. Die Löschungen stiegen im ersten Quartal um zwei Prozent auf 7165 Firmen. Der Nettozuwachs im Schweizer Unternehmensuniversum belief sich somit in den ersten drei Monaten auf 4078 Firmen. (red/pd)

Expansion

Tamedia setzt online auf Mode

ZÜRICH Die Mediengruppe Tamedia weitet ihr Online-Engagement in der Sparte Mode aus. Sie hat bereits mehrere E-Commerce-Plattformen übernommen. Jetzt bündelt sie die Aktivitäten in der Swiss online Shopping AG, wie Tamedia am Dienstag mitteilte. Die neueste Erwerbung erfolgte letzte Woche: Per 16. April hat Tamedia den 2003 gegründeten Onlinemodeshop stromberg.ch erworben. Bereits früher übernahm das Verlagshaus den Online-Shopping-Club fashionfriends.ch sowie die Onlineshops brandstore.ch, quaps.ch und beautybox.ch. Zusammen mit stromberg.ch werden diese nun in der Swiss online Shopping AG gebündelt, an welcher der bisherige Stromberg-Eigentümer beteiligt ist. Dies bringe Synergien in Administration, IT und Marketing sowie Verbesserungen in der Warenlogistik. Damit werde die Basis gelegt für einen weiteren Ausbau der Fashion Shops. (sda)

Viele Schweizer Firmen stark von Risiken im Export getroffen

Mindestkurs 87 Prozent der Schweizer Unternehmen waren in den letzten zwei Jahren mittel oder stark den Währungsrisiken ausgesetzt. Dies geht aus einer Studie der Berner Fachhochschule und des Kreditversicherers Euler Hermes hervor.

Die Umfrage, für die Antworten von 357 Unternehmen ausgewertet wurden, wurde eine Woche nach der Abschaffung des Euro-Mindestkurses von 1.20 Franken durch die Schweizerische Nationalbank SNB am 15. Januar durchgeführt. Interessant ist deshalb die Einschätzung zur Währungssituation. Gut die Hälfte der Firmen gab an, wegen der aktuellen Währungssituation Aufträge verloren zu haben. Je 27 Prozent der Firmen haben wegen regulatorischer Vorgaben in den Exportländern oder wegen politischer Ereignisse Aufträge im Ausland verloren, wie Studienleiter Paul Ammann von der Fachhochschule gestern vor den Medien in Bern sagte. Bei einem Viertel der Firmen haben Kunden aus dem Ausland Rechnungen nicht bezahlt. Zehn Prozent gaben an, wegen unbezahlter Aufträge aus dem Ausland sogar mit Liquiditätsproblemen konfrontiert zu sein. So etwas könne schnell passieren, etwa kleineren Firmen in der Maschinenindustrie, wenn ein Kunde eine mehrere Millionen Franken teure Maschine nicht bezahle.

Ergriffene Gegenmassnahmen

Um die Währungsrisiken zu mildern, ergreifen die Unternehmen verschiedene Massnahmen. Rund 50 Prozent der Unternehmen erhöhen den Einkauf im Ausland und senken die Kosten in der Schweiz. Das sei aber nicht nachhaltig, weil diese Massnahmen nicht unendlich fortgesetzt werden könnten, sagte Ammann.



Gut die Hälfte der Schweizer Firmen gab an, wegen der aktuellen Währungssituation Aufträge verloren zu haben. (Foto: SSI)

Knapp ein Drittel der Unternehmen gaben an, ihre Rechnungen im Ausland in Schweizer Franken stellen zu können. Das seien bemerkenswert viele, die somit die Wechselkursrisiken auf die Kunden auslagern könnten, sagte Ammann. Lediglich 29 Prozent der Firmen hätten bisher ihre Fremdwährungsrisiken mit Währungstermingeschäften abgesichert. Dass es so wenige seien, habe damit zu tun, dass die Firmen auf den Euro-Mindestkurs vertraut hätten. Nach der Abschaffung des Mindestkurses dürften die Währungsabsicherungsgeschäfte laut Ammann zunehmen.

Beträchtliche 24 Prozent der Unternehmen gaben an, die Preise im Ausland bei der Aufwertung des Franken erhöhen zu können. «Diese Unternehmen haben ihre Hausaufgaben gemacht und verfügen über einen Konkurrenzvorteil. Dieser erlaubt es ihnen, die Kosten der Franken-Stärke zum Teil auf die Kunden im Ausland zu verlagern», sagte Ammann. Lediglich 5 Prozent der Unternehmen treffen keine Massnahmen zur Absicherung von Währungsrisiken. Ähnlich gross, aber weniger akut als die Währungsrisiken schätzen die Schweizer Firmen die Konjunkturrisiken ein: Davon waren 88 Prozent der befragten Unternehmen betroffen. 50 Prozent schätzten sogar, dass die Konjunkturrisiken zunehmen dürften. Nichtsdestotrotz ergreifen staatliche 23 Prozent laut der Umfrage keinerlei Massnahmen dagegen. Fast die Hälfte aller befragten Unternehmen versucht, über die Produktion in den wichtigsten Exportmärkten die Konjunkturrisiken zu verkleinern. Andere Unternehmen passen frühzeitig ihre Ressourcen in den entsprechenden Ländern an oder ziehen sich bei Problemen sogar ganz zurück. (sda)

Arbeitgeberverband schlägt 400 Frauen für Verwaltungsräte vor

Gleichberechtigung Der Schweizerische Arbeitgeberverband will dazu beitragen, dass mehr Frauen in Verwaltungsräte von Schweizer Unternehmen gewählt werden.

Er veröffentlichte am Dienstag eine Liste mit aus seiner Sicht für ein Mandat geeigneten 400 Frauen. Die Namenliste sei zusammen mit Projektpartnern zusammengetragen worden, schrieb der Schweizerische Arbeitgeberverband in seiner Mitteilung. 200 der aufgeführten Frauen sind bereits Verwaltungsrätinnen in einem grösseren Unternehmen. Der Verband verwies auf eine im Oktober 2013 veröffentlichte Studie,

die er gemeinsam mit zCapital erstellt hatte. 84 Prozent der antwortenden Meldungsgesellschaften gaben demnach an, den Anteil der Frauen in ihren Verwaltungsräten erhöhen zu wollen.

Frauenanteil gestiegen

Der Frauenanteil in Verwaltungsräten von Schweizer Firmen wuchs seit 2010 um 50 Prozent. Experten erwarteten, dass 2020 aller Voraussicht nach die Verwaltungsräte in der Schweiz zu 30 Prozent mit Frauen besetzt sein würden, schrieb der Arbeitgeberverband. Die freiwilligen Bemühungen trügen Früchte, hielt der Verband fest. Mit seiner Liste will er dazu beitragen, dass die Unternehmen ihr Ziel erreichen können. (sda)

ANZEIGE

ETHENEA
managing the Ethna Funds

www.ethenea.com
Tel. 00352-276921-10

Zahlstelle im Fürstentum Liechtenstein
Volksbank AG • Feldkircher Str. 2 • FL-9494 Schaan

COMPARTMENT	Tageskurse per 21. April 2015
ETHENEA Independent Investors S.A.	
Ethna-AKTIV	A CHF 121.8800
Ethna-AKTIV	T CHF 128.8100
Ethna-AKTIV	A EUR 138.5000
Ethna-AKTIV	T EUR 141.2200
Ethna-Defensiv	A EUR 143.1400
Ethna-Defensiv	T EUR 162.4300
Ethna-Dynamisch	A EUR 79.5100
Ethna-Dynamisch	T EUR 80.4100

ANZEIGE

Netto-Inventarwerte der liechtensteinischen Anlagefonds

LGT Capital Partners (FL) AG
Herrengasse 12
9490 Vaduz
www.lgt-capital-partners.com

AKTIENFONDS				
LGT Select Equity Asia/Pacific ex Japan (USD) B	t	8,70%	USD	2542,24
LGT Select Equity Europe (EUR) B	t	17,62%	EUR	2078,66
LGT Select Equity North America (USD) B	t	1,96%	USD	1924,55
GEMISCHTE FONDS				
LGT Alpha Indexing Fund (CHF) B	w	3,82%	CHF	1494,12
LGT Strategy 3 Years (CHF) B	t	2,16%	CHF	1302,72
LGT Strategy 4 Years (CHF) B	t	3,52%	CHF	1252,99
LGT Strategy 5 Years (CHF) B	t	4,15%	CHF	1401,72
OBLIGATIONENFONDS				
LGT Bond Fund EMMA LC (CHF) B	t	-5,49%	CHF	1084,50
LGT Bond Fund Global Inflation Linked (CHF) B	t	1,99%	CHF	995,74
LGT Bond Fund Global Inflation Linked (EUR) B	t	2,40%	EUR	1205,35
LGT Fixed Income Dynamic Shield (CHF) B	t	-0,43%	CHF	990,01
LGT Sustainable Bond Fund Global (EUR) B	t	10,37%	EUR	1516,82
SONSTIGE FONDS				
LGT Commodity Active Fund (USD) B	t	-3,24%	USD	635,10

Legende:
1) Fondsname bzw. Segmentsname
2) Handelbarkeit (m)=monatlich (t)=täglich (w)=wöchentlich (14)=vierzehntägig (v)=variabel
3) Performance aktuelles Kalenderjahr bzw. letzte Vorjahresbewertung
4) Referenzwährung
5) Nettoinventarwert +/- Kommission

Datenquelle: Liechtensteinischer Anlagefondsverband.
Alle Kursangaben ohne Gewähr.

ANZEIGE

RELAX Die Arve bringt Erholung im Schlaf!

ARVENWOCHE bei LEBARTE
15. bis 30. April

GUTSCHEIN für Teller- und Lamellensystem
im Wert von € 150.— einlösbar auf Ihr neues Bettssystem!*

LEBARTE «Wir sind Experten für den gesunden Schlaf!»

Durch unsere Kompetenz in den Bereichen Schlafergonomie, Naturheilverfahren und Baubiologie erhalten Sie bei LEBARTE eine ganzheitliche Beratung für Ihre Oase der Entspannung. Nutzen Sie unser Angebot von:

- naturbelassenen handgefertigten Bettgestellen und Möbeln
- entspannenden angepassten Bettssystemen und Matratzen
- und den alternativmedizinischen Analysen und Behandlungsmethoden in unserer Naturheilpraxis

Beginnen Sie JETZT mit Ihrem gesunden Schlaf. Wir freuen uns auf Sie!

Inge Falch, Naturheiltherapeutin
Johannes Falch und Daniel Goller, Schlafberatung

LebarTE Schlafraumgestaltung | Mületorplatz 4 | A-6800 Feldkirch | T +43 5522 850 50 | www.MeinSchlafraum.at